

sondern der muß doch dafür eintreten, daß Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Regierungen geführt werden und daß hier in Deutschland ein Ausschuß aus Vertretern der beiden deutschen Regierungen gebildet wird.

Es ist kein Wunder, daß der Widerspruch in der Politik der führenden Kräfte der SPD und der FDP zu einer Desorientierung eines Teils der Wähler führen mußte.

Die Wunder des Herrn Dr. Deist

Eine große Rolle spielten im Ruhrgebiet die wirtschaftlichen Probleme. Herr Deist trat für die freie Untemehmerwirtschaft auf. Aber was heißt denn das? Es ging doch in Nordrhein-Westfalen um die Frage, daß durch die NATO-Politik das Leben des Volkes aufs Spiel gesetzt wird. *Wer sind denn die Kräfte, die das Leben des Volkes aufs Spiel setzen?* Das sind doch die großen Monopolherren, die Hitlergenerale und der politische Klerus. Die Träger dieser NATO-Politik sind die Millionäre, die Abs, Pferdenges, Reusch und wie sie alle heißen. Wie sollen sich denn die christlichen Arbeiter richtig orientieren, wenn in dieser Situation die Sozialdemokratie Herrn Deist vorschiebt und dieser sagt, daß er für die „freie Unternehmerwirtschaft“ ist? Glaubt denn jemand, daß Arbeiter Vertrauen zu Herrn Deist gewinnen können? Herr Deist wurde in das Spitzengremium der SPD gewählt. Aber welche Funktionen hat er außerdem noch? Er ist Vorsitzender des Aufsichtsrats des „Bochumer Vereins für Gußstahlfabrikation AG“ in Bochum. Er ist Vorsitzender des Aufsichtsrats der „Wurag-Eisen- und Stahlwerke AG“ in Hohenlimburg. Diese beiden Aktiengesellschaften gehören zu den über einhundert Konzernbetrieben des Kanonenkönigs Krupp. Herr Deist ist stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der „Barbara-Erzbergbau AG“ in Siegen und der „Erzbergbau-Siegerland AG“ in Betzdorf, die zum Thyssen-Konzern gehören. *Ist es denn da ein Wunder, daß dieser Herr Deist die Sozialisierung ablehnt und gegen die Politik der Industriegewerkschaft Bergbau im Ruhrgebiet auftritt?* Man kann doch von Herrn Deist als Großaktionär nicht verlangen, daß er gegen die Politik der Konzernherren kämpft.